

NIEDERSCHRIFT

über die **20.** Sitzung **des Finanzausschusses** (XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **14.03.2023**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Den Vorsitz führte: Carsten Hüsches

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Jakob Beyen
2. Frau Barbara Brand
3. Herr Dr. Harald Freiherr von Canstein
4. Herr Carsten Hüsches
5. Herr Thomas Klann Vertretung für Frau Jutta Stüsgen
6. Herr Sven Ladeck
7. Herr Dominique Ling Lindow Vertretung für Herrn Andreas Buchartz
8. Frau Katharina Reinhold Vertretung für Herrn Prof. Dr. Welsink

• SPD-Fraktion

9. Frau Christina Borggräfe
10. Frau Christa Buers Vertretung für Herrn Stefan Schmitz
11. Herr Horst Fischer Ab 17.50 Uhr Vertretung für Herrn Albert Richter
12. Herr Wolfgang Kaisers Vertretung für Herrn Uwe Schunder
13. Herr Leif Eric Lüpertz
14. Herr Albert Richter Ab 17.50 Uhr erfolgte die Vertretung durch Herrn Horst Fischer
15. Herr Christian Stupp

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16. Herr Elias Aaron Ackburally Vertretung für Herrn Joachim Quass
17. Herr Detlef Harting

18. Frau Swenja Krüppel
19. Frau Ute Leiermann
20. Herr Simon Rock

• **FDP-Fraktion**

21. Herr Dirk Rosellen
22. Frau Hanne Wolf-Kluthausen

• **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Deutsche Zentrumsparterie**

23. Herr Carsten Thiel
24. Herr Hans-Joachim Woitzik

• **Die Kreistagsgruppe**

25. Herr Marco Nowak

• **Gäste**

26. Frau Monika Zimmermann

• **Verwaltung**

27. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke
28. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
29. Herr Dezernent Gregor Küpper
30. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
31. Herr Dezernent Martin Stiller
32. Herr Dezernent Harald Vieten
33. Frau Christiana Rönicke
34. Frau Irmgard Zießow

• **Schriftführerin**

35. Frau Claudia Baum

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		3
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
2.	Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger	4
3.	Über-/und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen gemäß § 53 KrO NRW in Verbindung mit § 83 GO NRW Vorlage: 20/2452/XVII/2023	4
4.	Ermächtigungsübertragungen von 2022 nach 2023 im Rahmen des Jahresabschlusses 2022 Vorlage: 20/2412/XVII/2023.....	4
5.	Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf Vorlage: 20/2416/XVII/2023	5
5.1.	1. Tischvorlage zu TOP 5: Kreishaushalt 2023 - Beratung über den Entwurf Vorlage: 20/2513/XVII/2023	6
5.2.	2. Tischvorlage zu TOP 5: Kreishaushalt 2023 - Beratung über den Entwurf Vorlage: 20/2514/XVII/2023	6
6.	Kreishaushalt 2023: Beteiligungsrechte der kreisangehörigen Städte und Gemeinde Vorlage: 20/2419/XVII/2023.....	7
7.	Mitteilungen und Anfragen	7
7.1.	Sachstand zur Neuregelung der Umsatzsteuerbesteuerung der öffentlichen Hand- § 2b Umsatzsteuergesetz Vorlage: 20/2467/XVII/2023	7

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende Carsten Hüsches stellte nach Begrüßung der Anwesenden die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest. Ergänzungen bzw. Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

Tischvorlagen zu TOP 5: Kreishaushalt 2023 – Beratung über den Entwurf	
Sitzungsvorlage-Nr. 20/2513/XVII/2023	Anträge der Kreistagsfraktionen (Lfd.-Nr. 35a und 52a)
Sitzungsvorlage-Nr. 20/2514/XVII/2023	Nebenrechnung zur Isolierung von pandemiebe- dingten Haushaltsbelastungen sowie der Belastungen durch den Ukraine-Krieg

Die Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

2. **Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger**

Zur Sitzung waren keine sachkundigen Bürgerinnen und Bürger zu verpflichten.

3. **Über-/und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen gemäß § 53 KrO NRW in Verbindung mit § 83 GO NRW** **Vorlage: 20/2452/XVII/2023**

FI/20230314/Ö3

Beschlussempfehlung:

Der Finanzausschuss nimmt die im dritten Verzeichnis 2022 dargestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

4. **Ermächtigungsübertragungen von 2022 nach 2023 im Rahmen des Jahresabschlusses 2022** **Vorlage: 20/2412/XVII/2023**

Protokoll:

Nach kurzer Erläuterung durch Kreiskämmerer Stiller bat Abgeordneter Richter darum, dass künftig deutlichere Erläuterungen vorgenommen würden.

Kreiskämmerer Stiller wies darauf hin, dass mit dem Instrument der Ermächtigungsübertragungen die bereits einmal über die Kreisumlage erhobenen Gelder weiter zur

Verfügung stünden. Es sei kommunenfreundlich und entlaste die Städte und Gemeinde. Des Weiteren dürften Ermächtigungsübertragungen auch ins übernächste Jahr erfolgen.

Landrat Petrauschke ergänzte, dass aufgrund der Corona-Pandemie zahlreiche Projekte nicht oder nicht vollständig verwirklicht werden konnten. Ferner würden die Ermächtigungsübertragungen die Verwaltung in die Lage versetzen, ganz oder teilweise freiwillige Aufgaben wahrzunehmen obwohl noch keine endgültige Haushaltsgenehmigung seitens der Bezirksregierung vorläge.

Nach den Erläuterungen fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

FI/20230314/Ö4

Beschlussempfehlung:

Die dem Kreistag nach § 22 Abs. 4 KomHVO NRW vorzulegende Übersicht über die gemäß § 22 Abs. 1-3 KomHVO NRW übertragenen Ermächtigungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan 2023 wird zur Kenntnis genommen. Eine entsprechende Beschlussfassung durch den Kreistag wird empfohlen.

5. Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf

Vorlage: 20/2416/XVII/2023

Protokoll:

Vor der Beratung über den Entwurf des Haushaltes 2023 erläuterte Landrat Petrauschke, dass es sich bei dem in der Nebenrechnung zur Isolierung von pandemiebedingten Haushaltsbelastungen sowie der Belastung durch den Ukraine-Krieg um einen Planwert handele und erst zum Jahresende klar sei, welcher Aufwand und welche Erträge zu isolieren seien.

Aus den Sitzungen der Gremien der Sparkasse zeichne sich ab, dass auch 2023 wieder eine Gewinnausschüttung möglich sei. Es gäbe voraussichtlich eine zusätzliche Einnahmeposition i.H.v. 870.000 €. Derzeit könne noch nicht abgeschätzt werden, wie sich der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst auf den Personalaufwand auswirke. Wahrscheinlich sei erst Ende März 2023 mit einer Entscheidung der Tarifparteien zu rechnen.

Weiter informierte Landrat Petrauschke, dass die Landschaftsumlage voraussichtlich noch gesenkt werde. Klarheit gäbe es diesbezüglich jedoch erst, wenn der Nachtragshaushalt 2023 beim Landschaftsverband am 31.03.2023 verabschiedet würde. Vereinbarungsgemäß würde im Falle einer Reduzierung der Landschaftsumlage der entsprechende Betrag von den Kommunen nicht als Kreisumlage erhoben.

Abgeordneter Rock erinnerte an die interfraktionelle Vereinbarung ab 2026 sämtliche Corona und Ukraine-Krieg bedingten außerordentlichen Erträge, die isoliert worden sind, einmalig gegen das Eigenkapital des Kreises erfolgsneutral auszubuchen, damit die Kreisumlage 2026 nicht belasten wird.

Grundlage der Beratungen war der Entwurf des Haushaltes 2023 vom 14.12.2022 unter Einbeziehung des Veränderungsnachweises vom 08.02.2023 sowie die von den Kreistagsfraktionen schriftlich eingereichten Anträge.

Zum Verfahren ist festzuhalten, dass der Vorsitzende die von den Fraktionen eingereichten Anträge, die von der Verwaltung den entsprechenden Produktbereichen / Produktgruppen / Produkten zugeordnet wurden (siehe 1. Tischvorlagen zu TOP 5), einzeln zur Beratung aufrief.

Die in der Übersicht nicht gesondert aufgeführten Produktbereiche / Produktgruppen / Produkte wurden im Rahmen der Abstimmung über den Gesamthaushalt in die Entscheidung mit einbezogen und beschlossen.

Die Beschlussfassung bezieht sich auf die Sachkonten im Ergebnisplan. Die korrespondierenden Sachkonten im Finanzplan werden von der Verwaltung entsprechend fortgeschrieben. Dies gilt ebenso für die Finanzplanung 2024-2026.

Nach Abschluss der Einzelberatungen der Anträge der Fraktionen fasste Kreiskämmerer Stiller das Ergebnis der Beratungen wie folgt zusammen:

- der zusätzliche Aufwand als Folge der heutigen Beschlüsse beläuft sich auf insgesamt 1.516.778 EUR. Dieser wird durch die Anrechnung der Gewinnausschüttung der Sparkasse i.H.v. 870.000 €, des außerordentlichen Ertrages aus der Isolierung aufgrund der Nebenrechnung i.H.v. 551.001 € sowie der Reduzierung der Pensionsrückstellung i.H.v. 364.777 € finanziert.
Es verbleibt bei dem im Haushaltsentwurf einschließlich Veränderungsnachweis ermittelten Kreisumlage-Hebesatz von 31,5 v.H.
Die Minderung der Ausgleichsrücklage beläuft sich auf 4.200.000 EUR.

FI/20230314/Ö5

Beschluss:

Siehe Anlage „Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf – Anträge der Fraktionen“

5.1. 1. Tischvorlage zu TOP 5: Kreishaushalt 2023 - Beratung über den Entwurf

Vorlage: 20/2513/XVII/2023

Beschluss:

Siehe Anlage „Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf – Anträge der Fraktionen“

5.2. 2. Tischvorlage zu TOP 5: Kreishaushalt 2023 - Beratung über den Entwurf

Vorlage: 20/2514/XVII/2023

6. Kreishaushalt 2023: Beteiligungsrechte der kreisangehörigen Städte und Gemeinde

Vorlage: 20/2419/XVII/2023

Protokoll:

Das sogenannte Benehmensverfahren dient dazu, dass der Kreistag seine Haushaltsentscheidungen unter Berücksichtigung der Finanzlage der Städte und Gemeinde trifft. In der Finanzausschusssitzung am 14.03.2023 wurde betont, dass die Rechte der Städte und Gemeinde erfolgreich gewahrt wurden.

Der geringere Aufwand durch eine erwartete Reduzierung der Landschaftsumlage soll an die Kommunen ausgekehrt werden. Der Hebesatz der Kreisumlage 2023 soll im Vergleich zum Haushaltsjahr 2022 nochmal um 0,5 Prozentpunkte auf historisch niedrige 31,5 v.H. gesenkt werden und dies obwohl die politischen Beschlüsse des Finanzausschusses am 14.03.2023 für den Ergebnishaushalt ein Volumen i.H.v. 1.516.778 € ausmachen.

Hierfür erfolgt die Finanzierung über den eingeplanten Ertrag aus der Gewinnausschüttung Sparkasse, den außerordentlichen Ertrag aus der Isolierung aufgrund Nebenrechnung und die Reduzierung der Zuführung zur Pensionsrückstellung.

FI/20230314/Ö6

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt die gemeinsame Stellungnahme der Städte und Gemeinde vom 24.02.2023 sowie die entsprechende Stellungnahme der Verwaltung vom 01.03.2023 zur Kenntnis.

7. Mitteilungen und Anfragen

7.1. Sachstand zur Neuregelung der Umsatzsteuerbesteuerung der öffentlichen Hand- § 2b Umsatzsteuergesetz

Vorlage: 20/2467/XVII/2023

Protokoll:

Stellvertretender Vorsitzender Hüsge erläuterte kurz den Sachstand zum § 2b Umsatzsteuergesetz. Es erfolgten keine Nachfragen seitens der Kreistagsfraktionen.

FI/20230314/Ö7.1

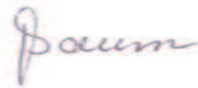
Beschluss:

Die Ausführungen zur Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - § 2 b Umsatzsteuergesetz – werden zur Kenntnis genommen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss der stellvertretende Vorsitzende Carsten Hüsches um 19:15 Uhr die Sitzung.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'C. Hüsches', with a long horizontal stroke extending to the right.

Carsten Hüsches
Stellv. Vorsitz

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Baum', written in a cursive style.

Claudia Baum
Schriftführung

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
1	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/FW RKN/ Zentrum	Kreishandbuch nur noch digital und nicht mehr als gedruckte Version S. 46 ff, Produkt 010.111.010 „Büro des Landrates und Kreistages“ Das Kreishandbuch soll grundsätzlich nur noch in digitaler Form (im Kreistagsinformationssystem) veröffentlicht und nicht mehr als gedrucktes Exemplar herausgegeben werden.	Einstimmig beschlossen
2	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Einrichtung eines Sonderfonds für die Implementierung einer Projektpartnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine S. 54 ff, Produkt 010.111.015 „Pflege partnerschaftlicher Beziehungen“ Aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 14.12.2022 soll der Rhein-Kreis Neuss den Aufbau einer Projektpartnerschaft mit einer/einem ukrainischen Stadt/Kreis prüfen. Weiterhin soll eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit initiiert werden. Für eine erste Anbahnungsphase soll ein Sonderfonds i.H.v. 25.000 € eingerichtet werden. Aussprache: SPD und Bündnis 90/Die Grünen ziehen diesen Antrag zurück und möchten 5.000 € in den Haushalt für die Bewerbung um Fördermittel des Landes i.H.v. 50.000 € für die Soforthilfe in der Ukraine einstellen. Der Landrat informiert: Im Haushalt sind 100.000,- € für die Beteiligung an einem Projekt zum Wiederaufbau in der Ukraine eingestellt. Der Betrag von 5.000 € wird aus den bereits eingeplanten Mitteln zur Verfügung gestellt.	Antrag zurückgezogen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf

- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
3	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Erweiterung der Partnerschaften des Kreises S. 54 ff, Produkt 010.111.015 „Pflege partnerschaftlicher Beziehungen“ Es sollen mehr Partnerschaften mit Kreisen/Landkreisen in Europa auf Augenhöhe gepflegt und primär Projekte in fokussierenden Bereichen wie Klima-Technologien, Digitalisierung und Stadtplanung sowie Wirtschaft und Forschung angestrebt werden. Die Verwaltung wird gebeten, 1. geeignete Partnerkreise anhand von Kriterien, die für den Rhein-Kreis Neuss relevant sind, zu suchen/evaluieren, um eine themenspezifische Erweiterung der jetzigen europäischen Partnerschaften zu ermöglichen. Die Partner sollen sich auf Augenhöhe befinden, wo jeder vom anderen profitieren kann; eine Win-Win-Situation für beide Seiten. 2. bei der Suche soll der Fokus insbesondere auf die Bereiche Klima-Technologien, Digitalisierung, Stadtplanung sowie Wirtschaft und Forschung gelegt werden. In Nachbarregionen, wie z.B. Dänemark oder die Niederlande, gibt es bereits erfolgversprechende Projekte zur Reduzierung des CO² Ausstoßes oder moderne Klima-Technologien wie CCS (Carbon Capture and Storage). 3. zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten der EU, des Bundes und Landes NRW vor diesem Hintergrund genutzt werden können. Dabei sind die Anregungen des Bundespräsidenten Steinmeier, der während der Covid-Pandemie die Kommunen dazu aufgerufen hat, den kommunalen Austausch auf europäischer Ebene zu intensivieren, mit einzubeziehen. Hierfür sollen 10.000 Euro in den Kreishaushalt eingestellt werden. Aussprache: Bündnis 90/Die Grünen weisen darauf hin, dass nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte im Vordergrund stehen dürften. Offene Kriterienfindung bei der Wahl einer Partnerschaft muss gegeben sein.	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
4	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Konzepterstellung Feierlichkeiten „50 Jahre Rhein-Kreis Neuss“ (2025) S. 57 ff, Produkt 010.111.020 „Presse-/Öffentlichkeitsarbeit/ServiceC.“ Erstellung eines Konzeptes hinsichtlich der Planung von Feierlichkeiten zum Jubiläum „50 Jahre Rhein-Kreis Neuss“. Das Konzept soll sowohl der inhaltlichen/organisatorischen Ausgestaltung des Jubiläumsjahres dienen, als auch den hierfür notwendigen finanziellen Rahmen umreißen. Im Sinne eines Vorratsbeschlusses sollen für das Finanzplanungsjahr 2025 Mittel i.H.v. zusätzlich 100.000 € eingeplant werden. Aussprache: Die SPD merkt an, dass bei der Planung alle Fraktionen beteiligt werden müssen.	Einstimmig beschlossen
5	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Organisation einer Fachforums-Veranstaltung „Bezahlbares Wohnen für alle Bevölkerungsschichten im Rhein-Kreis Neuss“ S. 57 ff, Produkt 010.111.020 „Presse-/Öffentlichkeitsarbeit/ServiceC.“ Die Verwaltung wird beauftragt: 1. Der Rhein-Kreis Neuss bringt die Organisation einer Fachforums-Veranstaltung „Bezahlbares Wohnen für alle Bevölkerungsschichten im Rhein-Kreis Neuss“ auf den Weg. 2. Hierfür erarbeitet die Kreisverwaltung ein Konzept, das die Involvierung relevanter Akteur*innen im Rhein-Kreis Neuss, wie die kreisangehörigen Kommunen, Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften, Bauträger und Verbände sowie die Heranziehung von wissenschaftlichen Akteur*innen vorsieht. 3. Thematische Schwerpunkte des Fachforums sollen in diesem Sinne die Diskussion der Handlungsbedarfe im Rhein-Kreis Neuss beim Thema Wohnen, die Koordination der Aktivitäten zwischen den Ebenen, Fördermöglichkeiten durch Bund und Land bzw. die	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		konkrete Rolle des Landes als Unterstützung der Kommunen bei Wohnungsbauprojekten, Koordination der Nachfrageseite nach Recyclingmaterial bei Baustoffen und die Entwicklung von Modellprojekten sein. Für die Durchführung des Fachforums sollen im Haushalt 2023 zusätzlich 10.000,- € veranschlagt werden.	
6	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Regionale Lebensmittelversorgung S. 57 ff, Produkt 010.111.020 „Presse-/Öffentlichkeitsarbeit/ServiceC.“ Die Verwaltung wird gebeten: 1. Die für den Kreishaushalt 2022 beantragten Mittel in Höhe von 40.000 EUR zur Bekanntmachung des digitalen Direktvermarktungsführers für unsere Region aus 2022 in 2023 zu übertragen; 2. Anhand der Ergebnisse der durch die Landwirtschaftskammer erarbeiteten Machbarkeitsstudie Strukturen zu schaffen um die regionalen Produkte in den Kantinen und Mensen vor Ort zu bringen. Aussprache: CDU zieht Ziffer 1 des Antrages zurück, da die 40.000 € bereits über die EÜ zur Verfügung gestellt werden. Ziffer 2 des Antrages wird in den Fachausschuss verwiesen.	Antrag zurückgezogen, mit Verweis in den Fachausschuss
7	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Werbeaktion für Beruf und Ausbildung Notfallsanitäter und Erzieher S. 57 ff, Produkt 010.111.020 „Presse-/Öffentlichkeitsarbeit/ServiceC.“ Durch eine gezielte Werbeaktion soll in diesem Jahr für die Berufe Notfallsanitäter und Erzieher und die jeweilige Ausbildung dazu geworben werden. Hierfür sollen zusätzliche Mittel i.H.v. 20.000 € bereitgestellt werden.	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
8	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Bezuschussung von Kantinenessen für Mitarbeitende der Kreisverwaltung S. 89 ff, Produkt 010.111.091 „Allgemeine Personalwirtschaft“ Erstellung und Umsetzung eines Finanzierungskonzeptes zur Zuschussung von Kantinenessen für Mitarbeitende der Kreisverwaltung. Dieses soll die Zuschussung von Essen in der Kantine des Elisabethkrankenhauses Grevenbroich für Mitarbeitende der Kreisverwaltung vorsehen. Die Zuschussung soll sich an dem aktuell für Mitarbeitende des Krankenhauses gewährten Zuschusses zum Essenspreis orientieren. Gleichsam soll das Konzept eine gleichwertige Leistung für Mitarbeitende der Verwaltung im Kreishaushalt Neuss beinhalten Die hierfür notwendigen Mittel sollen in Form einer Spitzabrechnung durch die Kreisverwaltung ermittelt werden.	Einstimmig beschlossen
9	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Bonusprogramm für Kreismitarbeitende S. 89 ff, Produkt 010.111.091 „Allgemeine Personalwirtschaft“ Die Verwaltung schafft die Voraussetzungen zur Einführung eines Bonusprogrammes für die Mitarbeitenden. Die Ergebnisse werden im nächsten Personalausschuss vorgestellt. Zur Umsetzung werden 50.000 € in den Haushalt eingestellt.	Einstimmig beschlossen
10	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Kostenübernahme des 49-Euro-Tickets für Mitarbeitende der Kreisverwaltung S. 89 ff, Produkt 010.111.091 „Allgemeine Personalwirtschaft“ Prüfung der Subventionierung des Ticketpreises des 49-Euro-Tickets für die Mitarbeitenden des Kreises. Die Ergebnisse der Analyse sollen in der nächsten Sitzung des Personalausschusses vorgestellt werden.	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Um schnellstmöglich handlungsfähig zu sein, werden 50.000 € zur Umsetzung der Maßnahme in den Kreishaushalt 2023 eingestellt. Aussprache: Bündnis 90/Die Grünen erkundigen sich nach der Rechtslage im Beamtenrecht. Der Landrat klärt auf: Beamte dürfen nur Zuschüsse erhalten, sofern dies im Beamtenrecht bzw. der Besoldungsordnung vorgesehen ist. Dies ist derzeit nicht der Fall. Das Jobticket wurde durch eine Rabattierung der Verkehrsbetriebe zur Verfügung gestellt. Da ein Großteil der Mitarbeiteten beim Kreis im Angestelltenverhältnis steht, profitieren diese nach Ansicht von CDU und UWG vom vorliegenden Antrag.	Einstimmig beschlossen
11	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Kommunale Wärmeplanung S. 112 ff., Produkt 010.111.120 „Neu-, Um- und Erweiterungsbau“ Die Verwaltung wird gebeten: 1. einen sogenannten „Versorgungsatlas“ bzw. eine kommunale Wärmeplanung im Rahmen einer durch den Rhein-Kreis Neuss koordinierten Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Kommunen zu erstellen. Dieser soll die vorhandenen Energieversorgungsleitungen und existierenden Energiequellen im gesamten Kreisgebiet aufzeigen; ergänzend aufzuführen wären mögliche, bislang aber nicht genutzte Wärmequellen, um eine verstärkte Nutzung dieser bereits vorhandenen Quellen zukünftig zu ermöglichen. 2. zu prüfen, ob hierbei Fördermittel und Unterstützung durch das Programm von NRW.Energie4Climate in Anspruch genommen werden können; 3. auf dieser Grundlage festzustellen, für wie lange diese Form der Energieversorgung sichergestellt werden kann und ob zugleich perspektivische Potenziale zur Implementierung erneuerbarer Energiequellen – und wenn ja, welche – an den Standorten vorhanden sind. Dies soll durch eine Abfrage bei Energieversorgern und etwaigen Planungsbehörden sowie durch eine Potenzialanalyse für weitere Photovoltaikanlagen im Bereich der Liegenschaften des Kreises erfolgen;	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf

- Anträge der Fraktionen -

Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		4. zu prüfen ob und wo im Kreisgebiet Tiefengeothermie möglich und realisierbar ist. Um eine Umsetzung nach vorrangiger Prüfung von Fördermöglichkeiten gewährleisten zu können, werden Mittel i.H.v. 50.000 EUR in den Kreishaushalt 2023 eingestellt. Sofern projektbezogene Bedarfe hinsichtlich der Personalressourcen zur Durchführung der beantragten Schritte seitens der Verwaltung erkannt werden, sollen diese entsprechend gedeckt werden. Aussprache: Die SPD merkt an, dass die Zuständigkeit für die Wärmeplanung bei den Städten und Gemeinden liegt. Der Landrat erklärt, dass der Kreis vorerst koordinierend tätig sein wird und die Grundlagenermittlung vornimmt, bis ein Gesetz eindeutige Zuständigkeiten schafft. Die Inanspruchnahme von Fördermitteln solle geprüft werden, die Einstellung von projektbezogenem Personal kann notwendig werden. Hinweis der Verwaltung: Die Veranschlagung der Mittel erfolgt bei Produkt 090.511.010 „Kreientwicklung/Strukturwandel“	Einstimmig beschlossen
12	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Koordinierende Rolle des Kreises bei der Umsetzung des Masterplans Ladeinfrastruktur II S. 112 ff., Produkt 010.111.120 „Neu-, Um- und Erweiterungsbau“ Mit dem Ziel der Schaffung einer flächendeckenden, bedarfsorientierten und homogen organisierten Ladeinfrastruktur im Kreisgebiet im Sinne der Mobilitätswende wird die Verwaltung gebeten, gemeinsam mit den Kommunen auf Basis des Masterplans Ladeinfrastruktur II der Bundesregierung und nach der Vorlage für lokale Masterpläne der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur (NLL) einen lokalen Masterplan für den Rhein-Kreis Neuss im Einvernehmen mit den ansässigen Energieversorgungsunternehmen und weiteren Akteuren zu erstellen. In diesem Zusammenhang soll ebenfalls der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge an Kreisliegenschaften geprüft werden.	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Für die Umsetzung des Prozesses sollen zusätzliche Mittel i.H.v. 50.000 € im Haushalt 2023 veranschlagt werden. Sofern projektbezogene Bedarfe hinsichtlich der Personalressourcen zur Durchführung der beantragten Schritte seitens der Verwaltung erkannt werden, sollen diese entsprechend gedeckt werden. Hinweis der Verwaltung: Die Veranschlagung der Mittel erfolgt bei Produkt 090.511.010 „Kreisentwicklung/Strukturwandel“.	Einstimmig beschlossen
13	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Potenzialanalyse Photovoltaikanlagen auf Park- und Freiflächen S. 112 ff., Produkt 010.111.120 „Neu-, Um- und Erweiterungsbau“ Die Verwaltung wird gebeten, möglichst alle größeren Park- oder gegebenenfalls Freiflächen, die sich im Eigentum des Kreises befinden, auf ihre Potenziale zur Errichtung von Photovoltaikmodulen – gegebenenfalls in überdachender Bauweise – hin zu überprüfen. Um im Falle einer positiven Analyse schnellstmöglich handlungsfähig zu sein, sind Mittel in Höhe von 100.000 EUR in den Kreishaushalt 2023 einzustellen. <i>Modifizierter Antrag</i> nach Aussprache: Herr Vieten erklärt, dass es bereits eine Potentialanalyse (aus dem Jahr 2019) für Gebäude und Parkflächen gibt. Diese bescheinigt nur sehr geringe Potentiale für Photovoltaikanlagen für im Eigentum des Kreises befindliche Flächen. Eine Prüfung von Freiflächen soll durchgeführt werden. Auf Wunsch der SPD muss die Analyse zunächst im Fachausschuss vorgestellt werden, erst danach kann mit dem Bau einer Anlage begonnen werden.	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
14	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Schaffung von zwei öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen im Bereich der Gebäude der Kreisverwaltung in Grevenbroich und Neuss S. 116 ff, Produkt 010.111.121 „Bauunterhaltung“ Die Kreisverwaltung wird beauftragt im Bereich der Gebäude der Kreisverwaltung in Grevenbroich und Neuss jeweils eine öffentliche Trinkwasserentnahmestelle – mit hygienegerechter Bedarfsanforderung und ohne dauerhaften Durchfluss - zu schaffen. Für die Schaffung dieser zwei Entnahmestellen werden im Haushalt 2023 15.000 Euro zur Verfügung gestellt. <i>Modifizierter Antrag</i> nach Aussprache: Die Anschaffungskosten eines Brunnen belaufen sich auf ca. 15.000 €, daher wird zunächst ein Brunnen am Kreishaus in Neuss aufgestellt. Hier gibt es erheblichen Publikumsverkehr. Zudem steht im Kreishaus in Grevenbroich eine Vielzahl an Wasserspendern der Öffentlichkeit zur Verfügung.	Einstimmig beschlossen
15	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Bivalente Systeme beim Austausch und Betrieb von Wärmeerzeugungsanlagen S. 120 ff, Produkt 010.111.122 „ Zentrales Gebäudemanagement/Interne Dienste“ Sowohl als Beitrag zum Klimaschutz als auch zum Energiesparen werden im Kreishaushalt 500.000 € bereitgestellt, um beim Austausch von älteren, abgeschriebenen Wärmeerzeugungsanlagen genauso wie bei bestehenden Anlagen bivalente Systeme zu installieren.	Einstimmig beschlossen
16	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Strukturoptimierung der Verwaltungsaufgaben im Rhein-Kreis Neuss S. 132 ff, Produkt 010.111.124 (SSD) „Verwaltungsdigitalisierung“ Erstellung einer Studie, die ermittelt, welche Ressourcen benötigt werden, um mit Mitteln der Verwaltung Verwaltungsaufgaben im Rhein-Kreis Neuss strukturell optimieren zu können.	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf

- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Mittels der Studie soll eine Vorlage erstellt und der Politik vorgelegt werden, wie diese strukturelle Optimierung in der Kreisverwaltung umgesetzt werden kann. Dies soll dann in den Masterplan Digitalisierung aufgenommen werden. Für die Erstellung der Studie werden Mittel i.H.v. 20.000 € in den Haushalt 2023 eingestellt. Aussprache: Der Landrat erklärt, dass die Organisationshoheit beim Landrat liegt. Weitere Beratung im Fachausschuss.	Antrag zurückgezogen, mit Verweis in den Fachausschuss
17	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Kreis-Tierheim Oekoven S. 167 ff, Produkt 020.122.030 „Tiergesundheit, Tierschutz“, PSK 5318 0580 – Tierheim Oekoven Erhöhung des Ansatzes von derzeit 3.222 € auf 15.000 €. Aussprache: Finanzielle Belastungen für Tierheime sind extrem gestiegen durch höhere Energiekosten, höhere Behandlungskosten bei Tierärzten, höhere Futterkosten und sinkende Spenden.	Einstimmig beschlossen
18	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Risikoanalyse zur Neuausrichtung des Katastrophenschutzbedarfsplanes S. 189 ff, Produkt 020.128.010 „Gefahrenabwehr, -vorbeugung“ + Stellenplan Für die Entwicklung eines Katastrophenschutzbedarfsplanes - soll ein externer Dienstleister beauftragt werden. Hierfür sollen zusätzliche Mittel i.H.v. 75.000 € in den Haushalt 2023 eingestellt werden. - sollen zwei zusätzliche Stellen für die Durchführung der notwendigen Arbeiten geschaffen werden.	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf

- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Eine Stelle soll nach Möglichkeit vorrangig durch entsprechende Fördermittel finanziert werden, hilfsweise durch Mittel des Kreises. Der Erarbeitungsprozess soll in Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen sowie den im Kreis tätigen Organisationen erfolgen.	Einstimmig beschlossen
19	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Interkulturelle Trainings an Berufsschulen des RKN zur Förderung interkultureller Kompetenz S. 264 ff, Produkt 030.243.010 „Zentrale Dienstleistungen des Schulträgers“ Die Verwaltung wird gebeten 1. ein auf die Berufsschulen des Rhein-Kreis Neuss ausgerichtetes Konzept zur Durchführung von interkulturellen Trainings zu entwickeln bzw. erfahrene Unternehmen/Institutionen mit der Erstellung zu beauftragen. 2. ein Pilotprojekt an einer Berufsschule im Rhein-Kreis Neuss mit Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften der internationalen Klasse aufzusetzen und wissenschaftlich begleiten zu lassen. 3. zu prüfen, welche Fördermittel des Landes NRW (bzw. Bundes oder auf europäischer Ebene) vor dem Hintergrund des laufenden Strukturwandelprozesses sowie des einhergehenden Fachkräftemangels hierfür genutzt werden können. 4. zu prüfen, inwieweit mit benachbarten Kreisen oder Städten, zum Beispiel Düsseldorf, Köln, Mönchengladbach, dem Kreis Mettmann und/oder dem Rhein-Erft-Kreis, hierbei Kooperationen eingegangen werden können. 5. den Schulausschuss in regelmäßiger Folge über den Fortschritt zu informieren und im Fall der Kooperation wiederkehrende Arbeitskreise durchzuführen. Für die Konzepterstellung, die Durchführung und wissenschaftliche Begleitung sowie Wirkungsanalyse kontinuierlicher interkultureller Trainings sollen 50.000 Euro in den Kreishaushalt eingestellt werden.	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Aussprache: Junge Flüchtlinge sollen bei der sozialen und beruflichen Integration unterstützt werden. Die Vermittlung der deutschen Sprache ist ein wichtiger Baustein zur Integration sowie die Vermittlung von Werten und Denk- und Handlungsmuster verschiedener Kulturen, damit ein erfolgreicher Austausch stattfinden kann.	Einstimmig beschlossen
20	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Barrierefreiheit Altes Rathaus Neuss-Holzheim S. 272 ff. Produkt 030.243.012 „Kreismedienzentrum“ Prüfung, ob ein barrierefreier Zugangs zum 1. Obergeschoss möglich ist und ggfls. kurzfristige Umsetzung. Für die Umsetzung werden 100.000 € in den Haushalt eingestellt.	Einstimmig beschlossen
21	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Bildband „Sakralbauwerke im Rhein-Kreis Neuss S. 304 ff, Produkt 040.281.011 „Kulturpflege“ Auf Basis des im Jahr 1986 erschienen Werkes „Kirchen, Klöster und Kapellen im Kreis Neuss“ soll eine erneute Bestandaufnahme der bedeutenden Sakralbauten im Rhein-Kreis Neuss in Form eines Bildbandes erarbeitet werden. Hierfür sollen Mittel i.H.v. 25.000 € in den Kreishaushalt 2023 eingestellt werden. Aussprache: Durch neuere Fotos und Erklärungen soll Archivgut sichergestellt werden. Der Kreisheimatbund wird ebenfalls beteiligt sein und die beantragten Mittel stellen nur einen Anteil an den Gesamtkosten dar. Die SPD regt an, die Antragsformulierung zu erweitern, dass prägende Bauwerke aller Religionsgemeinschaften erfasst werden. Ferner würde eine digitale Erstellung des Bildbandes Kosten einsparen. Die CDU verweist darauf, dass vor allem Senioren ein Buch bevorzugen, da sie	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		nicht immer digitale Medien nutzen können. Insofern sollte der Bildband in gedruckter Version und digital erstellt werden. Bündnis 90/Die Grünen bitten zu prüfen, inwieweit Fördermittel vom Land beantragt werden können, um die Kosten zu senken. Die Fraktionen verständigten sich darauf, den Antrag im Kulturausschuss vorzustellen und die kulturellen Objekte dort näher zu bestimmen. <i>Modifizierter Antrag nach Aussprache:</i> 1. Auf Basis des im Jahr 1986 erschienen Werkes „Kirchen, Klöster und Kapellen im Kreis Neuss“ soll eine erneute Bestandaufnahme der bedeutenden Bauwerke aller Religionen im Rhein-Kreis Neuss in Form eines Bildbandes erarbeitet werden. 2. Zur Ausgestaltung wird in den Kulturausschuss verwiesen. 3. Die Mittel sollen einen Sperrvermerk erhalten, der nur vom Kreisausschuss aufgehoben werden kann.	Einstimmig beschlossen Weitere Beratung im Kulturausschuss
22	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Erhalt der Luftschutz- und Bunkeranlagen im Rhein-Kreis Neuss S. 304 ff, Produkt 040.281.011 „Kulturpflege“ Kontaktaufnahme zum Verein „Luftschutzanlagen Rhein-Kreis Neuss e.V.“ zur Erörterung folgender Punkte: - Kann der Verein weitere Luftschutzanlagen und historische Bunker in seine Pflege und Obhut nehmen? - Kann die Verwaltung den Verein unterstützen? Zur Unterstützung und Pflege der Luftschutzanlagen und – bunker im Kreisgebiet sollen ab 2023 jährlich 1.500 € in den Haushalt eingestellt werden.	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf

- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
23	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Neugestaltung der Homepage in den Bereichen Kultur, Freizeit und Tourismus S. 304 ff, Produkt 040.281.011 „Kulturpflege“ Die Verwaltung wird beauftragt: 1. ein Konzept zu entwickeln, in dem das Kunst- und Kulturpotential des Rhein-Kreises Neuss mit dem Tourismusthema zusammengeführt und als evidenter Standortfaktor in der „Energie-, Klima- und Fachkräftezeitenwende“ in der Region dargestellt wird. Dabei sollte die zukunftsgerichtete Dimension der herausragenden Bedeutung von Kunst, Kultur und kulturelle Bildung mit Visionen der künftigen Gesellschaftsentwicklung herausgestellt werden, um Integration zu befördern und die positiven Elemente kultureller Vielfalt herauszustellen. 2. auf der Grundlage dieses Konzepts eine Neugestaltung der Homepage des Rhein-Kreises Neuss zu Kunst, Kultur und v.a. kultureller Bildung zu erarbeiten und umzusetzen, wobei auch die Mehrsprachigkeit berücksichtigt werden soll. 3. den Aufbau und die Neugestaltung des Kultur-, Kunst- und Kulturbildungsportals auf den Einsatz „AI-basierter Systeme“ auszurichten, die den Informationsgrad für den Nutzer vervielfachen und sich mit den ständig entwickelnden Bedarfsstrukturen mit weiterentwickeln. 4. zu prüfen, ob die Neuausrichtung und Bewerbung des Kunst-, Kultur- und Kulturbildungsbereiches inkl. der Zusammenführung mit dem Tourismus vor dem Hintergrund des einschneidenden Strukturwandels und Fachkräftemangels durch Fördermöglichkeiten des Landes NRW, Bundes oder auf europäischer Ebene im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung von weichen Standortfaktoren unterstützt werden kann. Die Finanzierung soll aus den bestehenden Haushaltsmitteln für diesen Bereich erfolgen. Aussprache: Herr Lonnes trägt vor, dass im Rahmen der interkommunalen Kulturentwicklungsplanung mit den beteiligten Kommunen eine Kulturplattform für den RKN aufgebaut werden soll.	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Hier sollen Programme und Termine abrufbar sein und die Kultureinrichtungen können Termine selbst einstellen. Entsprechende Vorberatungen sind im Kulturausschuss erfolgt und hierfür sind 15.000 € im Haushalt 2023 eingestellt, was knapp kalkuliert ist. Die CDU schlägt vor, zur Umsetzung des Antrags zusätzlich 10.000 € einzustellen. <i>Modifizierter Antrag nach Aussprache:</i> Hierfür sollen zusätzliche Haushaltsmittel i.H.v. 10.000 € für das Haushaltsjahr 2023 eingestellt werden.	Einstimmig beschlossen
24	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Neugestaltung der Dauerausstellung der Villa Erckens S. 304 ff, Produkt 040.281.011 „Kulturpflege“ Finanzielle Unterstützung der für 2025 geplanten Neugestaltung der Dauerausstellung des Museums Villa Erckens in Grevenbroich. Hierfür werden zusätzliche Mittel in folgender Höhe beantragt: Haushaltsjahr 2023 = 10.000 € Finanzplanungsjahr 2024 = 20.000 € Finanzplanungsjahr 2025 = 20.000 €	Einstimmig beschlossen
25	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Durchführung einer Veranstaltung „Tag der Erlebniswelt Pflege“ S. 362 ff, Produkt 050.351.010 „Allgemeine Sozialverwaltung“ Zeitnahe Organisation einer Veranstaltung „Tag der Erlebniswelt Pflege“. Hierfür sollen in 2023 Haushaltsmittel i.H.v. 30.000 € bereitgestellt werden. Aussprache: Die geplante Veranstaltung soll auf den Fachkräftemangel aufmerksam machen und alle Schüler und Schülerinnen, Auszubildende, Wieder- und –Quereinsteiger anregen, sich an den entsprechenden Ständen zu informieren.	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
26	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Einrichtung einer Stabsstelle Inklusion S. 362 ff, Produkt 050.351.010 „Allgemeine Sozialverwaltung“ + Stellenplan Einrichtung einer Stabsstelle Inklusion. Für die Stabsstelle Inklusion kommen Sozialarbeiter/Sozialarbeiterinnen, Rehabilitationspädagogen/Rehabilitationspädagoginnen, Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen, Sozialwissenschaftler/Sozialwissenschaftlerinnen oder Menschen mit vergleichbarer Qualifikation infrage. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe einer S14 TVÖD-SuE Stelle sollen in den Haushalt eingestellt werden. Zudem sollen die noch nicht verbrauchten Mittel aus 2022 bei Produkt 050.351.010, PSK 5291 1021 - Kreientwicklungskonzept Inklusion - in den Haushalt 2023 übertragen werden. Aussprache: Das Kreientwicklungskonzept Inklusion soll weiter fortgeschrieben/-entwickelt und die nicht verbrauchten Mittel aus 2022 bei PSK 5291 1021 in den Haushalt 2023 übertragen werden. Bezüglich der Einrichtung einer Stabsstelle Inklusion wird der gemeinsame Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen. Anmerkung der Verwaltung: Bei Produkt 050.351.010 ist für das PSK 5291 1021 eine Ermächtigungsübertragung von 2022 nach 2023 i.H.v. 150.000 € bereits beabsichtigt (siehe Liste EÜ bei TOP 4).	Antrag zurückgezogen
27	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Förderprogramm zur Errichtung von behindertengerechten Toiletten S. 362 ff, Produkt 050.351.010 „Allgemeine Sozialverwaltung“ Erarbeitung eines Förderprogramms zur Errichtung behindertengerechter Toiletten. Zur Unterstützung förderfähiger Maßnahmen in diesem Bereich sollen Mittel i.H.v. 50.000 € in den Haushalt 2023 eingestellt werden (maximale Fördersumme 5.000 € je Maßnahme).	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf

- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Aussprache: Die Mittel dienen vorrangig der Errichtung von behindertengerechten Toiletten im Gaststätten-Bereich (Bestands-Immobilien). Landrat Petrauschke stellte auf Nachfrage klar, dass Öffentliche Körperschaften diesbezüglich keinen Zuschuss des Kreises erhalten.	Einstimmig beschlossen
28	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Folgen der Krise abmildern, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Gemeinschaft stiften S. 362 ff, Produkt 050.351.010 „Allgemeine Sozialverwaltung“ Die Verwaltung wird gebeten: 1. 75.000 EUR in den Haushalt 2023 zur Förderung und zur Unterstützung von Vereinen und Institutionen einzustellen; einen Kriterienkatalog zu erstellen, welche Voraussetzungen für die Ausschüttung der Förderung nötig ist; 2. das Förderprogramm auf der Internetseite des Rhein-Kreises Neuss zu veröffentlichen und die Kommunen darüber zu informieren, damit diese die Information ebenfalls weitergeben können; 3. eine Abfrage bei Vereinen, Institutionen und Gruppierungen durchzuführen, in welchen Bereichen die größten Herausforderungen und mögliche Unterstützungspotentiale durch den Kreis gesehen wird. Aussprache: Durch die Förderung (50 x 1.500 €) soll den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie in Bezug auf das gesellschaftliche Leben und insbesondere bei den Vereinen/Institutionen entgegengewirkt werden. <i>Modifizierter Antrag</i> nach Aussprache: Die Förderkriterien sollen im (nächsten) Kreisausschuss besprochen und festgelegt werden.	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
29	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Präventive Hausbesuche S. 362 ff, Produkt 050.351.010 „Allgemeine Sozialverwaltung“ 1. Es wird eine Haushaltsstelle eingerichtet, um die Maßnahme „Präventive Hausbesuche“ kreisweit durchführen zu können. Dies entspricht einem Beschluss des Ausschusses für Soziales und Wohnen. 2. Die Verwaltung veranschlagt die nötigen Mittel. Aussprache: Nach Erläuterung durch Kreisdirektor Brügge, dass Mittel für präventive Hausbesuche bei Produkt 050.331.010 "Förderung der Wohlfahrtspflege, PSK 5318 0120 – Unterstützungsleistungen zur sozialen Teilhabe – veranschlagt sind, wird der Antrag zurückgezogen.	Antrag zurückgezogen
30	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Einrichtung einer Trainee-Stelle für den Allgemeinen Sozialen Dienst des Kreisjugendamtes S. 384 ff, Produkt 060.362.010 „Jugendarbeit“ Einrichtung einer Trainee-Stelle (S12) für den Allgemeinen Sozialen Dienst des Kreisjugendamtes. Aussprache: Antrag wurde bereits in der letzten Personalausschuss-Sitzung gestellt. Es soll klargestellt werden, dass die Stelle nicht nur junge Mitarbeitende sondern auch für Quereinsteiger und berufserfahrene Personen geeignet ist.	Einstimmig beschlossen
31	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Abhängigkeiten bei jungen Menschen entgegenwirken – Präventionsarbeit leisten S. 417 ff, Produkt 070.414.010 „Gesundheitsschutz und –pflege“ Die Verwaltung wird gebeten: dem Gesundheitsausschuss in seiner Sitzung am 03. Mai 2023 die Präventionsarbeit des Kreises in Kooperation mit Schulen, Sportvereinen und weiteren Verbänden aufzuzeigen, um etwaige	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Abhängigkeiten von legalen, aber auch illegalen Drogen oder von Spielsucht und die Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen frühzeitig aufzudecken sowie die Beratungsangebote der jeweiligen Ansprechpartner im Kreisgesundheitsamt bekannt zu machen. Dabei soll die Begleitung von Schulen und anderer Bildungseinrichtungen durch die Mitarbeitenden im Kreisgesundheitsamt in den Fokus gerückt werden und eine Unterstützung der Kommunen im Ausschuss dargestellt werden. Zur Unterstützung der Präventionsarbeit sollen zusätzliche Mittel i.H.v. 30.000 € in den Haushalt 2023 eingestellt werden. Aussprache: Abhängigkeiten bei jungen Menschen sollen durch Präventionsarbeit entgegen gewirkt werden. Dezernent Küpper erläuterte, dass aufgrund eines Vertrags aus dem Jahr 1994 (Arbeitsteilung) die Stadt Neuss für das Kreisgebiet alle Präventionsarbeit erbringt (Refinanzierung durch den RKN). Die Mittel i.H.v. 30.000 € einmalig für 2023 sollen demnach mit Schwerpunkt für o.g. Präventionsarbeit verwendet werden.	Einstimmig beschlossen
32	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Hygieneartikel S. 417 ff, Produkt 070.414.010 „Gesundheitsschutz und –pflege“ Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die kostenlose Ausgabe von Hygieneartikeln und die Beschaffung entsprechender Automaten in den öffentlichen Gebäuden und Schulen des Rhein-Kreises Neuss. Aussprache: Für den o.g. Antrag sollen Mittel i.H.v. jährlich 10.000 € eingestellt werden.	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
33	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Stelle für eine Oecotrophologin/einen Oecotrophologen S. 417 ff, Produkt 070.414.010 „Gesundheitsschutz und –pflege“ + Stellenplan Einrichtung einer Stelle beim Kreisgesundheitsamt für eine Oecotrophologin/einen Oecotrophologen, ggfls. kann auch eine Honorarkraft stundenweise – je nach Bedarf – eingesetzt werden. Aussprache: Insbesondere Kinder kämpfen nach der Corona-Pandemie mit den Folgen schlechter Essgewohnheiten. Hier soll durch eine Fachkraft Aufklärungs-/Unterstützungsarbeit geleistet werden. Da die Notwendigkeit für die Einrichtung einer Vollzeit-Stelle in Frage gestellt wird, wird der Antrag diesbezüglich zurückgezogen. <i>Modifizierter Antrag</i> nach Aussprache: Stundenweiser Einsatz – je nach Bedarf - einer Fachkraft aus dem Bereich der Oecotrophologie als Honorarkraft. Das Honorar soll aus dem bestehenden Personaletat gezahlt werden. Die Verwaltung stellt fest, wie hoch der (Stunden-)Bedarf ist. Der Gesundheitsausschuss wird entsprechend informiert.	Einstimmig beschlossen
34	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Anerkennung des Gymnasiums Norf als Kooperationspartner des Olympiastützpunktes Rheinland S. 432 ff., Produkt 080.421.010 „Sportförderung“ Zur Unterstützung der Aktivitäten als neuer Kooperationspartner des Olympiastützpunktes Rheinland erhält das Gymnasium Norf einen <u>jährlichen</u> Förderbetrag i.H.v. 1.500 €.	Einstimmig beschlossen
35	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Erhöhung der Mittel für den Projektanteil „Inklusion im Sport/Behindertenfahrdienst“ S. 432 ff., Produkt 080.421.010 „Sportförderung“	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Erhöhung der Förderung bei PSK 5291 1000 – Sonstige Dienstleistungen für Projekt – für das Projekt „Inklusion im Sport/Behindertenfahrdienst“ von 8.000 € auf 16.000 €.	
35a	Interfraktioneller Antrag von CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum und SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Machbarkeitsstudie „Bauteil- und Rohstoffbörse“ S. 441 ff, Produkt 090.511.010 „Kreientwicklung/Strukturwandel“ + Stellenplan 1. Aus dem Sachkonto 52911320 „Strukturwandel“ werden bis zu 250.000 € für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie „Bauteil- und Rohstoffbörse“ zur Verfügung gestellt. 2. Für die Begleitung und Umsetzung der komplexen Machbarkeitsstudie wird eine auf vier Jahre befristete Projektstelle mit entsprechender Fachexpertise aus dem Strukturwandelbudget eingerichtet.	Einstimmig beschlossen
36	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Förderprogramm für steckerfertige Photovoltaikanlagen S. 441 ff, Produkt 090.511.010 „Kreientwicklung/Strukturwandel“ Die Kreisverwaltung legt ein Förderprogramm für steckerfertige Photovoltaikanlagen auf, um Bürger*innen des Kreises die Produktion von umweltfreundlichem Solarstrom für den Eigenbedarf zu ermöglichen. Es wird vorgeschlagen, Balkonkraftwerke bis 600 W Anschlussleistung pauschal mit 100 € zu fördern. Falls die Antragstellenden einen Wohnberechtigungsschein besitzen, erhöht sich die Förderung um weitere 200 €. Eine Doppelförderung ist dabei auszuschließen. Für das Förderprogramm werden im Haushalt 2023 aus dem Globalbudget Klimaschutz 100.000 € bereitgestellt. Falls zusätzliche Personalmittel für die Bearbeitung der Förderanträge notwendig sein sollten, werden auch diese bereitgestellt. Aussprache: Aufgrund der absehbaren gesetzlichen Änderung zur der Leistung von genehmigungsfreien steckerfertigen Photovoltaikanlagen wird der Antrag hinsichtlich der maximalen Leistungskraft modifiziert und der jeweils aktuellen Gesetzeslage angepasst.	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		<i>Modifizierter Antrag</i> nach Aussprache: Derzeit sind aufgrund der Gesetzeslage steckerfertige Photovoltaikanlagen bis 600W privilegiert, es ist allerdings eine Änderung auf 800W geplant. Insofern soll sich der Antrag auf die jeweils geltende Rechtslage beziehen.	Einstimmig beschlossen
37	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Fortbildungsangebote für betroffene Mitarbeiter aus Zulieferbetrieben für die Braunkohleverstromung S. 441 ff, Produkt 090.511.010 „Kreientwicklung/Strukturwandel“ Die Verwaltung wird beauftragt, über die Angebote des Jobcenters und der Arbeitsagentur hinaus, den ausscheidenden Mitarbeitenden aus Zulieferbetrieben für die Braunkohleverstromung im Vorfeld Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote anzubieten und zu finanzieren, um diesen eine schnellere und ggf. qualifiziertere Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Hierzu werden <u>jährliche</u> Mittel in Höhe von 150.000 EUR über das Strukturwandelbudget des Kreises bereitgestellt. Aussprache: Die Abwicklung entsprechender Maßnahmen über die Jobcenter setzt eine eingetretene Arbeitslosigkeit voraus. Die dargestellten Maßnahmen sollen bereits im Vorfeld über die Berufsbildungszentren angeboten werden, um einen möglichst lückenlosen Übergang in ein neues Arbeitsverhältnis zu erreichen. Die Mittel werden nicht zusätzlich bereitgestellt, sondern dem Budget „Strukturwandel“ entnommen.	Einstimmig beschlossen
38	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Nachhaltiger Rhein-Kreis Neuss S. 441 ff, Produkt 090.511.010 „Kreientwicklung/Strukturwandel“ Die Verwaltung wird gebeten: Im Falle eines positiven Förderbescheides seitens des Bundesministeriums für Umwelt,	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz etwaige Kreismittel zur Umsetzung der Förderung nach KoMoNa (Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen) vorsorglich in den Kreishaushalt 2023 einzustellen. Aussprache: Es werden Grundlagen für zukünftige Aufgaben im Bereich „Strukturwandel“ geschaffen. Die benötigten Mittel lassen sich nicht beziffern, werden aber aus den vorhandenen Mitteln gedeckt, sodass es durch den Antrag zu keiner Ansatzserhöhung kommt.	Einstimmig beschlossen
39	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Umweltpreis S. 441 ff, Produkt 090.511.010 „Kreientwicklung/Strukturwandel“ Die am 14.03.2021 beschlossene Einführung eines Umweltpreises an Initiativen im Kreisgebiet, die sich um den Schutz von Umwelt und Klima in besonderer Weise verdient machen/gemacht haben, soll endlich im Jahr 2023 umgesetzt werden. Die Mittel aus 2021/2022 sollen auf 2023 und folgende Jahre übertragen werden. Außerdem werden die Mittel für Prämien von 4.000 Euro auf 10.000 Euro jährlich im Haushalt aufgestockt. Aussprache: Aufgrund der besonderen Situation der vergangenen Jahre kam es nicht zu einer Umsetzung dieses Beschlusses aus 2021. Um das Projekt jetzt voranzutreiben, sollen die Prämien erhöht werden und dabei auch eine Finanzierung über Sponsoring geprüft werden. Auf eine Preisverleihung in 2023 soll hingewirkt werden.	Einstimmig beschlossen
40	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Freiraumentwicklung im Bereich Welchenberg/Vollrather Höhe im Stadtgebiet Grevenbroich S. 452 ff, Produkt 090.511.012 „Freiraum-, Landschaftsplanung und –pflege“ Die Verwaltung soll in Zusammenarbeit mit der Stadt Grevenbroich ein Konzept für die Entwicklung des Freiraums im Bereich Welchenberg/ Vollrather Höhe unter Einbeziehung des	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		ehemaligen „Revisionsparkplatzes“ des Kraftwerks Frimmersdorf sowie der ehemaligen Mülldeponie Neuenhausen erstellen. Dazu sollen Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € bereitgestellt werden. Aussprache: Die neue Freiraumanalyse des Kreises nennt konkret den Revisionsparkplatz des Kraftwerks Frimmersdorf als Freiraum für Naherholung und Grünzugentwicklung. Um eine sinnvolle Entwicklung des gesamten Gebietes zu fördern, sollen die genannten Flächen eingeschlossen werden.	Einstimmig beschlossen
41	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Mehrjährige Blühstreifen/Blühwiesen auf kreiseigenen Flächen S. 452 ff, Produkt 090.511.012 „Freiraum-, Landschaftsplanung und –pflege“ Die Verwaltung legt als Pilotprojekt und als Einstieg in einen kreisweiten Biotopverbund auf einer (oder mehreren) geeigneten Flächen des Kreises mehrjährige Blühstreifen oder Blühwiesen mit regionalem Saatgut oder Mahdgutübertragung an. Ein für den Insektenschutz geeignetes Pflegekonzept der Blühwiesen oder –streifen wird entwickelt und angewandt. Über die mehrjährige Vegetationszeit sollte ein Monitoring der vorkommenden Insektenarten und heimischen Wildpflanzen durchgeführt werden, um den Einfluss der Maßnahme auf die Biodiversität zu untersuchen. Die dafür notwendigen Kosten werden beim Budget des „Bündnis für Insekten“ (Produkt 090, Kostenstelle 4141 000/52420 030) veranschlagt, dafür ist dieses um 20.000 € für 2023 und 10.000 € für weitere Jahre zu erhöhen. Aussprache: Der bereits im Fachausschuss intensiv beratene Antrag wird um den Aspekt, die Anleitung für die Anlage und Pflege von Grünstreifen auf der Homepage des Rhein-Kreises Neuss zu veröffentlichen, ergänzt.	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
42	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Erhöhung des Arbeitgeberdarlehens für Kreismitarbeitende S. 482 ff, Produkt 100.522.010 „Wohnungsbindung“ Das Arbeitgeberdarlehen für Mitarbeitende des Rhein-Kreises Neuss wird von 10.200 € auf 20.000 € erhöht.	Einstimmig beschlossen
43	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Deponieflächen S. 490 ff, Produkt 110.537.010 „Durchführung der Abfallentsorgung“ Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf dem Gelände der Deponie Neuss-Grefrath in Zusammenhang mit der Erneuerung der Wertstoff-Sortieranlage zu prüfen. Für eine Machbarkeitsstudie oder notwendige Gutachten werden 50.000 € im Produktbereich 110, Haushaltsstelle 7831 0050, bereitgestellt. Aussprache: Es wird auf die bereits erfolgte Diskussion des Antrages im Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss verwiesen. Bereits dort wurde sich darauf verständigt, die nach der Durchführung der notwendigen Studien/ Gutachten noch verfügbaren Mittel direkt für das Projekt zu verwenden.	Einstimmig beschlossen
44	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Bau eines Radweges entlang der L 142 – Lückenschluss Grevenbroich-Neukirchen-Neuss S. 503 ff., Produkt 120.542.010 „Bau von Kreisstraßen“ Die Verwaltung wird gebeten: 1. unter Begründung der Notwendigkeit bei Straßen.NRW die Einrichtung eines Radweges entlang der L 142 im Streckenabschnitt Grevenbroich-Neukirchen (Jägerhof) – Neuss-Hoisten zu beantragen	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		2. hilfsweise bei Straßen.NRW einen Antrag auf Errichtung eines „Bürgeradweges“ zu stellen und den Ausbau dieses Radweges durchzuführen 3. im Falle der Errichtung eines „Bürgeradweges“ die notwendigen Maßnahmen hinsichtlich Grunderwerb, Planung und Bau des Radweges durch einen Dienstleister vornehmen zu lassen. Bereitstellung der im Falle der Errichtung eines „Bürgeradweges“ für den Grunderwerb erforderlichen Mittel. Die Kosten für Planung und Bau übernimmt in diesem Fall Straßen.NRW. Aussprache: Es wird seitens der Verwaltung ausgeführt, dass zu diesem Zeitpunkt keine Bezifferung der benötigten Mittel möglich sei. Zunächst sei Planungsrecht für die infrage stehenden Abschnitte zu schaffen und die benötigten Grundstücke zu erwerben, erst anschließend kann im Fachausschuss über das weitere Verfahren beraten werden. Es sei wahrscheinlich, dass ein konkreter Mittelbedarf nach Abschluss der Vorarbeiten erst für den Haushalt 2024 entstehe.	Einstimmig beschlossen
45	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Fortsetzung des Programms „Klimabäume“ S. 529, Produkt 130.555.020 „Forstwirtschaft“ Die Verwaltung führt in 2023 und den Folgejahren die Aktion „Klimabäume“ fort. Die Anzahl der Bäume wird wegen der großen Nachfrage auf 1000 Bäume erhöht. Die Kostenstelle 5499 3070 - Schaffung von Waldflächen - wird jährlich um 11.000 € auf 31.000 € erhöht. Aussprache: Entsprechend des Beschlusses aus dem Fachausschuss sollen zunächst 500 Klimabäume vergeben werden. Sollte sich ein höherer Bedarf abzeichnen, kann diese Zahl auf 1.000 Bäume erhöht werden. Das Verfahren der Vergabe sollte dabei nachgesteuert werden, da im vergangenen Jahr Probleme aufgetreten sind.	Antrag zurückgezogen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Es wird darauf hingewiesen, dass ein entsprechender Antrag, allerdings über den Gesamtbetrag von 35.000€ jährlich, bereits in 2022 durch den Finanzausschuss beschlossen wurde. Landrat Petrauschke bestätigt, dass die Mittel jährlich in der beschlossenen Höhe für die Pflanzung von 500 bis 1.000 Klimabäume über das Budget für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung stehen, eine erneute Beschlussfassung sei nicht erforderlich. Die Zuordnung des Betrages zu Produkt 130.555.020 „Forstwirtschaft“ ist in diesem Zusammenhang irritierend, da die Mittel aus dem Gesamtbudget „Klimaschutz“ entnommen werden. Der Antrag wird zurückgezogen.	
46	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Teilnahme am Projekt „Jeder Tropfen zählt“ S. 536 ff, Produktgruppe 140.561 „Umweltschutzmaßnahmen“ Die Verwaltung wird beauftragt eine Prüfung vorzunehmen, wo sich eine Teilnahme an dem Projekt „Jeder Tropfen zählt“ als Pilotprojekt sinnvoll umsetzen ließe. Bei dem Projekt werden Altfette und Altöle aus Haushalten in Kleinmengen gesammelt und der Wiederverwertung als eine Form des Biodiesels (Hydrated Vegetable Oil/HVO-Diesel) zugeführt. Im Gegensatz zum herkömmlichen Biodiesel, der aus landwirtschaftlichen Produkten gewonnen wird und damit Böden, die der Nahrungsmittelproduktion dienen könnten, besetzt, wird HVO-Diesel nur aus Abfallstoffen gewonnen. Seine Verwendung bringt eine CO2-Einsparung von 90%. Aus den Erfahrungen des Pilotprojektes wird das weitere Vorgehen abgeleitet. Für das Pilotprojekt werden 50.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Aussprache: Die Entsorgungspflicht von Abfällen ist zwischen den Kommunen (Sammlung) und dem Kreis (Entsorgung)aufgeteilt. Für dieses Pilotprojekt gehen der Kreis und die Kommunen gemeinsam vor, um eine Entscheidungsgrundlage für den weiteren Projektablauf zu entwickeln. Die geplanten Mittel sind dabei nur für einen Anstoß des Projektes ausreichend.	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Hinweis der Verwaltung: Die Veranschlagung der Mittel erfolgt bei Produkt 140.561.011 „Untere Bodenschutzbehörde“.	
47	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Anmietung von Flächen westlich der Zufahrtsstraße „Am Straberger See“ zur temporären Verbesserung der Parksituation S. 570 ff, Produkt 150.573.010 „Finanzanlagen und Bürgschaften“ Temporäre Anmietung von Flächen westlich der Zufahrtsstraße „Am Straberger See“ (landwirtschaftliche Nutzfläche) zur zeitlich begrenzten Einrichtung zusätzlicher Parkplätze. Zur Umsetzung der Maßnahme werden 10.000 € der Mittel der Kreiswerke Grevenbroich GmbH verwendet. Aussprache: Da die Naherholungsanlage Straberger See von der Kreiswerke Grevenbroich GmbH betrieben wird, werden keine Haushaltsmittel des Kreises bereitgestellt. Das Thema wird in der Sitzung des Aufsichtsrats der Kreiswerke Grevenbroich GmbH erneut erörtert.	Antrag zurückgezogen
48	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Beteiligung des Rhein-Kreises Neuss an der BEH Bürgerenergie Hemmerden eG i.G. S. 570 ff, Produkt 150.573.010 „Finanzanlagen und Bürgschaften“ Finanzielle Beteiligung und Mitwirkung des Rhein-Kreises Neuss an der BEH Bürgerenergie Hemmerden eG i.G. (BEH) mit Sitz in Grevenbroich-Hemmerden. Die finanzielle Beteiligung soll sich an eventuellen Beteiligungen kreisangehöriger Kommunen an der BEH orientieren, maximal aber 20.000 EUR betragen. Die entsprechenden Mittel sind über das bereits eingestellte Strukturwandelbudget des Kreises bereitzustellen.	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Aussprache: Das bürgerschaftliche Engagement im Energiebereich soll durch eine finanzielle Beteiligung des Kreises an der BEH unterstützt und dabei geprüft werden, ob das Modell der BEH flächendeckend für das Kreisgebiet von Interesse sein könnte. Es wurden Bedenken geäußert, dass durch eine Kreisbeteiligung an der BEH ein Präzedenzfall für weitere Beteiligungen an Genossenschaften geschaffen werden könnte. Landrat Petrauchke führte aus, dass eine Beteiligung an der BEH als <u>erste</u> und auch <u>einzige</u> bekannte Genossenschaft im RKN durchaus mit der Sammlung von Erfahrungen im Bereich der Genossenschaften begründet werden könne, ohne dass eine Verpflichtung zur Beteiligung bei weiteren/bei jeder Genossenschaft/en entstehe. Hinweis der Verwaltung: Die Veranschlagung der Mittel erfolgt bei Produkt 150.573.010 „Finanzanlagen und Bürgschaften“	Einstimmig beschlossen
49	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Berücksichtigung der Nachhaltigkeitskriterien der UN beim Einkauf von Waren und Dienstleistungen Gesamthaushalt Der Einkauf von Waren und Dienstleistungen erfolgt künftig unter der Berücksichtigung der Nachhaltigkeitskriterien der UN. Hierfür werden zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000 € in den Haushalt eingestellt. Diese sollen einen möglichen Mehraufwand ausgleichen. Benennung eines Haushaltskontos, welchem dieser Mehraufwand zugeordnet werden kann. Hinweis der Verwaltung: Die Veranschlagung der Mittel erfolgt bei Produkt 010.111.122 „Zentrales Gebäudemanagement/Interne Dienste“,	Einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
50	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Konzept zur Optimierung und Fortschreibung des Vermögensmanagements Gesamthaushalt Die Verwaltung wird gebeten: • bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses ein Konzept zur Optimierung und Fortschreibung des Vermögensmanagements vorzulegen, mit dem sie sich aktiv und im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten mit der mittel- bis langfristigen Vermögensanlage auseinandersetzt. Hierbei ist zu beachten, dass es sich um öffentliche Gelder handelt und daher hochrisikoreiche Anlageformen ausscheiden. Aussprache: Herr Kreiskämmerer Stiller führte aus, es gehe um die Liquidität des Kernhaushaltes und den Umgang mit dieser Liquidität. Es habe einen Umbruch gegeben, statt Verwarentgelt für die Liquidität in der Vergangenheit, erziele man heute wieder Zinserträge. Bei Umsetzung des Antrages werde im Rahmen der Dienstanweisung und der haushaltsrechtlichen Regelungen des Landes eine vermögensmäßig sinnvolle Anlage angestrebt. Diese werde sehr konservativ, sehr sicher und ohne Risiko erfolgen.	Einstimmig beschlossen
51	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Verwendung der tatsächlichen Jahresüberschüsse – Senkung der Kreisumlage – Erarbeitung eines rechtssicheren und zukunftsfähigen Verfahrens Gesamthaushalt 1. Senkung der Kreisumlage 2023 Die Kreisverwaltung wird gebeten, in Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses zum Haushalt 2022 Verbesserungen im tatsächlichen Vollzug im Vergleich zu den Haushaltsplanungen in voller Höhe durch eine Senkung bzw. Nichterhebung der Kreisumlage 2023 an die Kommunen zurückzuführen. 2. Zuführung des festgestellten Jahresüberschusses 2020 Der festgestellte Jahresüberschuss 2020 in Höhe von 17,5 Mio. Euro ist in Höhe von 10 Mio. Euro der allgemeinen Rücklage und in Höhe des restlichen Betrages (7,5 Mio. Euro) der Ausgleichsrücklage zuzuführen.	Antrag zurückgezogen

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		3. Erarbeitung eines rechtssicheren und zukunftsfähigen Verfahrens Die Kreisverwaltung wird gebeten, spätestens bis zum Haushaltsaufstellungsverfahren 2024 ein zukunftsfähiges und rechtssicheres Verfahren zu entwickeln, mit dem die tatsächlich erzielten Haushaltsverbesserungen im Vergleich zu den Planungen möglichst zeitnah an die Kommunen weitergegeben werden. Bei der Erarbeitung eines solchen Konzeptes sind die Fraktionen im Rahmen des Finanzausschusses zu beteiligen.	
52	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Mögliche Absenkung der Kreisumlage Gesamthaushalt Soweit sich gegenüber dem beschlossenen Haushaltsplan 2023 Verbesserungen ergeben, sollen diese vollständig in einer Absenkung bzw. geringeren Anhebung der Kreisumlage für das Jahr 2024 resultieren, insofern die tatsächliche Entnahme aus der Ausgleichsrücklage im Jahr 2023 geringer ist als die kumulierten Haushaltsüberschüsse 2021 und 2022. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, dies bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2024 entsprechend zu berücksichtigen.	Antrag zurückgezogen
52a	Interfraktioneller Antrag von CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum und SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Verwendung des tatsächlichen Jahresüberschusses 2022 zur Senkung der Kreisumlage – Erarbeitung eines rechtssicheren und zukunftsfähigen Verfahrens Gesamthaushalt 1. Senkung bzw. Nichterhebung der Kreisumlage 2023 In Umsetzung des Haushaltsbegleit-beschlusses zum Haushalt 2022 sollen weitere Verbesserungen im tatsächlichen Vollzug gegenüber dem beschlossenen Haushaltsplan 2022 vollständig durch eine Nichterhebung der Kreisumlage 2023 in der entsprechenden Höhe an die Kommunen zurückgeführt werden. Die konkreten Beträge sind spätestens im 4. Quartal 2023 bei der Festsetzung der Kreisumlage nicht zu erheben.	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf

- Anträge der Fraktionen -

Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		2. Erarbeitung eines rechtssicheren und zukunftsfähigen Verfahrens Die Kreisverwaltung wird beauftragt, spätestens bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 25. September 2023, ein zukunftsfähiges und rechtssicheres Verfahren zu entwickeln, mit dem die tatsächlich erzielten Haushaltsverbesserungen im Vergleich zu den Planungen vollständig und zeitnah an die Kommunen weitergegeben werden können. Bei der Erarbeitung eines solchen Konzeptes sind die Fraktionen im Rahmen des Finanzausschusses zu beteiligen. Aussprache: Das neue gewählte und zu entwickelnde Verfahren soll ab dem Haushaltsjahr 2023 gelten. Für das Haushaltsjahr 2023 sei die letzte Möglichkeit eine Verbesserung weiterzugeben der Stichtag 15.11.2023, mit der letzten Fälligkeit der Kreisumlage im 4. Quartal 2023.	Einstimmig beschlossen
53	Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen	Gestaltung des Haushaltsplans Gesamthaushalt + Stellenplan Folgende Änderungen sollen bei der künftigen Erstellung der Kreishaushalte erfolgen: 1. Jedem Produkt wird eine Personalübersicht zugeordnet Abweichungen, die nicht selbsterklärend sind (z.B. Tarifierhöhungen), werden in der Übersicht dargestellt und erläutert. 2. Umfassendere und nachvollziehbare Erläuterungen Abweichungen, Neuregelungen und Besonderheiten in verschiedenen Bereichen sind nachvollziehbar zu erläutern. 3. Den Produkten im Haushalt werden Kennzahlen zugeteilt, soweit sich dies aus der Art des Produktes ergibt. 4. Darstellung Gesamtkosten In der Spalte „Gesamt Ausgabe Bedarf“ sind die kalkulierten Gesamtkosten darzustellen.	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf
 - Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		5. Erstellung einer Excelliste Den Fraktionen wird neben dem üblichen Format der Haushalt als Excel-Datei zur Verfügung gestellt. Aussprache Es wurde darauf hingewiesen, dass eine Umsetzung der einzelnen Punkte mit erheblichem Mehraufwand für die Verwaltung verbunden sei. Konkrete Fragen werden vom Kämmerer auf Nachfrage individuell beantwortet, hierdurch wird dem Informationsbedürfnis der Fraktionen Rechnung getragen.	Antrag zurückgezogen
NEU 54	Gemeinsamer Antrag der CDU, FDP und UWG/ FW RKN/ Zentrum	Antrag; Die zu Beginn der Sitzung angesprochene Ausschüttung Sparkasse in Höhe von 870.000 EUR soll zur Deckung politischer Anträge der heutigen Sitzung herangezogen werden. Weiterhin soll auch die Isolation aus der Nebenrechnung zur Deckung herangezogen werden. Aussprache: Die Summe der ergebniswirksamen Haushaltsbelastungen aller Anträge der heutigen Sitzung beträgt 1.516.778 EUR. Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit erhöhen sich um 148.000 €. Nach Berücksichtigung der Deckung aus der Ausschüttung Sparkasse und der Isolierung verbleibt ein Betrag in Höhe von 365.777 EUR. Eine Verbesserung aus der Landschaftsumlage, die Ende des Monats beschlossen werde, solle nach Aussage von Herrn Landrat Petruschke als durchlaufender Posten direkt an die Städte und die Gemeinde weitergeben werden. Herr Kreiskämmerer Stiller führte aus, dass der verbleibende Betrag in Höhe von 365.777 EUR, aus einer verringerten Zuführung zur Pensionsrückstellung gedeckt werden könne. Die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen werden nach einem versicherungsmathematischen Gutachten der Heubeck AG kalkuliert. Das aktualisierte Gutachten aus Februar 2023 ergebe eine geringere Zuführung als ursprünglich kalkuliert.	

Beschlussprotokoll zu TOP 5: Kreishaushalt 2023: Beratung über den Entwurf

- Anträge der Fraktionen -
Beschluss FI/20230314/Ö5

Lfd. Nr.	Antragsteller (Fraktion)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		Herr Landrat Petrauschke stellte fest, dass der Kreisumlagehebesatz mit 31,5 v.H. unverändert bestehen bleiben könne. Nach der Diskussion wurde folgender <i>modifizierter Antrag</i> zur Abstimmung gestellt: Beschlussvorschlag - Die politischen Beschlüsse des Finanzausschusses haben für den Ergebnishaushalt ein Volumen von 1.516.778 EUR. - Die Finanzierung dieses Betrages erfolgt durch: > 870.000 EUR Ertrag aus der Gewinnausschüttung Sparkasse > 551.001 EUR außerordentlicher Ertrag aus der Isolierung aufgrund der Nebenrechnung > 365.777 EUR Reduzierung der Zuführung zur Pensionsrückstellung aufgrund der Neuberechnung der Heubeck AG - Der Kreisumlage-Hebesatz verbleibt bei unverändert 31,5 v.H. Es erfolgt keine weitere Entnahme aus der Ausgleichsrücklage über den im Entwurf eingeplanten Betrag von 4.200.000 Euro hinaus.	Einstimmig beschlossen

S e i t	PB	Produkt	Sach- konto	Bezeichnung	Ansatz neu 2023	Ansatz Entwurf + ÄL 2023	mehr(+) weniger(-) Erträge	mehr(+) weniger(-) Aufwendungen	Aufrechnung
				Deckung des Fehlbedarfs aufgrund der Beschlüsse					
		Produkt	Sach- konto						
570	150	573 010	4651 0000	E Gewinnausschüttung Sparkasse	870.000	0	+ 870.000	0	-646.778,00
89	010	111 091	5051 0010	A Reduzierung Zuführung Pensionsrückstellung aufgrund HEUBECK-Gutachten (Verteilkonto)	7.333.662	7.699.439	+ 0	-365.777	-281.001,00
577	160	611 010	4911 2020	E a.o. Ertrag aus Isolierung aufgrund Nebenrechnung	551.001	270.000	+ 281.001	0	0,00
				Überschuss (+)/Fehlbedarf (-) Gesamtergebnisplan			611.589.564	615.789.564	-4.200.000

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 20/2513/XVII/2023

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Finanzausschuss	14.03.2023	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

1. Tischvorlage zu TOP 5: Kreishaushalt 2023 - Beratung über den Entwurf

hier: Anträge der Fraktionen

Sachverhalt:

Folgende weitere Anträge der Fraktionen liegen zu TOP 5: Kreishaushalt 2023 – Beratung über den Entwurf - vor und werden unter den laufenden Nummern 35a und 52a der entsprechend der Produktbereiche im Haushaltsplan sortierten Anträge der Fraktionen eingefügt:

Lfd. Nr.	Antragstellende Fraktion	Antrag	PB/PG/Produkt
35a	Interfraktioneller Antrag von CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Machbarkeitsstudie „Bauteil- und Rohstoffbörse“	090.511.010
52a	und SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Verwendung des tatsächlichen Jahresüberschusses 2022 zur Senkung der Kreisumlage – Erarbeitung eines rechtssicheren und zukunftsfähigen Verfahrens	Gesamthaushalt

Aktualisierte/ergänzte Auflistung der Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2023:

Lfd. Nr.	Antragstellende Fraktion	Antrag	PB/PG/Produkt
1	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Kreishandbuch nur noch digital und nicht mehr als gedruckte Version	010.111.010
2	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Einrichtung eines Sonderfonds für die Implementierung einer Projektpartnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine	010.111.015
3	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Erweiterung der Partnerschaften des Kreises	010.111.015

Lfd. Nr.	Antragstellende Fraktion	Antrag	PB/PG/Produkt
4	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Konzepterstellung Feierlichkeiten „50 Jahre Rhein-Kreis Neuss“ (2025)	010.111.020
5	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Organisation einer Fachforums-Veranstaltung „Bezahlbares Wohnen für alle Bevölkerungsschichten im Rhein-Kreis Neuss“	010.111.020
6	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Regionale Lebensmittelversorgung	010.111.020
7	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Werbeaktion für Beruf und Ausbildung Notfallsanitäter und Erzieher	010.111.020
8	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Bezuschussung von Kantinenessen für Mitarbeitende der Kreisverwaltung	010.111.091
9	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Bonusprogramm für Kreismitarbeitende	010.111.091
10	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Kostenübernahme des 49-Euro-Tickets für Mitarbeitende der Kreisverwaltung	010.111.091
11	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Kommunale Wärmeplanung	010.111.120
12	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Koordinierende Rolle des Kreises bei der Umsetzung des Masterplan Ladeinfrastruktur II	010.111.120
13	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Potenzialanalyse Photovoltaikanlagen auf Park- und Freiflächen	010.111.120
14	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Schaffung von zwei öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen im Bereich der Gebäude der Kreisverwaltung in Grevenbroich und Neuss	010.111.121
15	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Bivalente Systeme beim Austausch und Betrieb von Wärmeerzeugungsanlagen	010.111.122
16	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Strukturoptimierung der Verwaltungsaufgaben im Rhein-Kreis Neuss	010.111.124 SSD
17	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Kreis-Tierheim Oekoven	020.122.030
18	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Risikoanalyse zur Neuausrichtung des Katastrophenschutzbedarfsplanes vom 22.11.2022	020.128.010 Stellenplan
19	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Interkulturelle Trainings an Berufsschulen des RKN zur Förderung interkultureller Kompetenz	030.243.010
20	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Barrierefreiheit Altes Rathaus Neuss-Holzheim	030.243.012
21	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Bildband „Sakralbauwerke im Rhein-Kreis Neuss“	040.281.011
22	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Erhalt der Luftschutz- und Bunkeranlagen im Rhein-Kreis Neuss	040.281.011
23	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Neugestaltung der Homepage in den Bereichen Kultur, Freizeit und Tourismus	040.281.011
24	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Neugestaltung der Dauerausstellung der Villa Erckens	040.281.011
25	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Durchführung einer Veranstaltung „Tag der Erlebniswelt Pflege“	050.351.010
26	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Einrichtung einer Stabsstelle Inklusion	050.351.010

Lfd. Nr.	Antragstellende Fraktion	Antrag	PB/PG/Produkt
27	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Förderprogramm zur Errichtung von behindertengerechten Toiletten	050.351.010
28	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Folgen der Krisen abmildern, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Gemeinschaft stiften!	050.351.010
29	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Präventive Hausbesuche	050.351.010
30	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Einrichtung einer Trainee-Stelle für den Allgemeinen Sozialen Dienst des Kreisjugendamtes	060.362.010 Stellenplan
31	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Abhängigkeiten bei jungen Menschen entgegenwirken – Präventionsarbeit leisten	070.414.010
32	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Hygieneartikel	070.414.010
33	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Stelle für eine Oecotrophologin/einen Oecotrophologen	070.414.010 Stellenplan
34	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Anerkennung des Gymnasiums Norf als Kooperationspartner des Olympiastützpunktes Rheinland	080.241.010
35	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Erhöhung der Mittel für den Projektanteil „Inklusion im Sport/Behindertenfahrdienst“	080.421.010
35a	Interfraktioneller Antrag Interfraktioneller Antrag von CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum und SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Machbarkeitsstudie „Bauteil- und Rohstoffbörse“	090.511.010
36	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Förderprogramm für steckerfertige Photovoltaikanlagen	090.511.010
37	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Fortbildungsangebote für betroffene Mitarbeiter aus Zulieferbetrieben für die Braunkohleverstromung	090.511.010
38	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Nachhaltiger Rhein-Kreis Neuss	090.511.010
39	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Umweltpreis	090.511.010
40	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Freiraumentwicklung im Bereich Welchenberg/Vollrather Höhe im Stadtgebiet Grevenbroich	090.511.012
41	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Mehrjährige Blühstreifen/Blühwiesen auf kreiseigenen Flächen	090.511.012
42	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Erhöhung des Arbeitgeberdarlehens für Kreismitarbeitende	100.522.010
43	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Deponieflächen	110.537.010
44	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Bau eines Radweges entlang der L 142 – Lückenschluss Grevenbroich-Neukirchen-Neuss	120.542.010

Lfd. Nr.	Antragstellende Fraktion	Antrag	PB/PG/Produkt
45	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Fortsetzung des Programms „Klimabäume“	130.555.020
46	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Teilnahme am Projekt „Jeder Tropfen zählt“	PG 140.561
47	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Anmietung von Flächen westlich der Zufahrtsstraße „Am Starberger See“ zur temporären Verbesserung der Parksituation	150.573.010
48	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Beteiligung des Rhein-Kreises Neuss an der der BEH Bürgerenergie Hemmerden eG i.G.	150.573.010
49	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Berücksichtigung der Nachhaltigkeitskriterien der UN beim Einkauf von Ware und Dienstleistungen	Gesamthaushalt
50	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Konzept zur Optimierung und Fortschreibung des Vermögensmanagements	Gesamthaushalt
51	CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum	Verwendung der tatsächlichen Jahresüberschüsse – Senkung der Kreisumlage – Erarbeitung eines rechtssicheren und zukunftsfähigen Verfahrens	Gesamthaushalt
52	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Mögliche Absenkung der Kreisumlage 2024	Gesamthaushalt
52a	Interfraktioneller Antrag Interfraktioneller Antrag von CDU, FDP, UWG/ FW RKN/Zentrum und SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Verwendung des tatsächlichen Jahresüberschusses 2022 zur Senkung der Kreisumlage – Erarbeitung eines rechtssicheren und zukunftsfähigen Verfahrens	Gesamthaushalt
53	SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Gestaltung des Haushaltsplans	Gesamthaushalt Stellenplan

Anlagen:

20230314 Antrag FinanzAS Machbarkeitsstudie Bauteil- und Rohstoffbörse

20230314 interfr. Antrag FinanzAS - Verwendung Jahresüberschüsse und zukunftsfähiges Verfahren

Anträge der Fraktionen zum HH 2023_CDU,FDP,UWG-FW RKN-Zentrum und SPD, Bündnis 90-Die Grünen_komplett sortiert nach Produktstruktur_ergänzt um Nr. 35a+52a



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Rhein-Kreises Neuss
Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

Montag, 6. März 2023

Antrag für den Finanzausschuss am 14.3.2023:

Machbarkeitsstudie „Bauteil- und Rohstoffbörse“

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die unterzeichnenden Kreistagsfraktionen bitten um die Berücksichtigung des nachstehenden Antrages in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses.

Beschlussempfehlung:

1. Aus dem Sachkonto 52911320 „Strukturwandel“ werden bis zu 250.000 € für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie „Bauteil- und Rohstoffbörse“ zur Verfügung gestellt.
2. Für die Begleitung und Umsetzung der komplexen Machbarkeitsstudie wird eine auf vier Jahre befristete Projektstelle mit entsprechender Fachexpertise aus dem Strukturwandelbudget eingerichtet.

Begründung:

Durch das Zusammenwirken der „Regionalen Initiative Kreislaufwirtschaft Rheinisches Revier“ und dem ReBau-Projekt der ZRR konnte die Idee eines Baustoff-Recycling-Zentrums in den vergangenen Jahren Fahrt aufnehmen. So entstand ein Runder Tisch, an dem inzwischen mehr als 50 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltungen und Politik beraten haben. Auf der Expo Real in München konnte im Oktober letzten Jahres eine Absichtserklärung (Letter of Intent - LOI) präsentiert werden, die inhaltlich weitreichende Ideen für eine Bauteil- und Rohstoffbörse enthält.

Inzwischen sind die Beratungen der Akteure so weit gediehen, dass das von der Stadt Grevenbroich bei der ZRR seinerzeit angemeldete und mittlerweile mit einem Stern versehene Projekt nunmehr vor dem Hintergrund der dargelegten Entwicklung in eine konkrete Vorbereitungsphase eintreten bzw. entsprechend fortentwickelt werden kann. Ziel ist die Errichtung einer Bauteil- und Rohstoffbörse im Rhein-Kreis Neuss, die die Bereiche Produktion, Entwicklung und Forschung umfasst.



CDU



Freie Demokraten
FDP



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Dazu ist es erforderlich, im Rahmen einer zeitnahen Machbarkeitsstudie vor allem folgende Inhalte zu eruieren:

- Logistikkonzept
- Emissionskonzept
- Standortanalyse
- Betreiberkonzept

Im Frühjahr 2024 sollte ein Zwischenbericht gegeben werden, die Studie selbst dann spätestens Ende 2024 zur weiteren Beratung vorliegen.

Um dies zu unterstützen, zu begleiten und abzusichern, ist die Einrichtung einer befristeten Projektstelle erforderlich, die aufgrund der komplexen Anforderungen der Machbarkeitsstudie und den damit verbundenen Aufgaben mit entsprechender Fachexpertise, also z.B. aus dem Ingenieur- oder Architektur- Bereich, möglichst mit Erfahrung im Bereich Bauteil- und Rohstoffbörse/ Baustoffrecycling, besetzt werden sollte.

In der Sitzung des Strukturwandel-Ausschusses im Dezember 2022 hatte die Kreisverwaltung in einer Präsentation der Strukturwandel-Projekte auf das Projekt und die nächsten Schritte hingewiesen.

Auch die Bürgermeister der Anrainer-Kommunen unterstützen die breit getragene Idee als Teil des gelingenden Strukturwandels.

Der grundsätzliche Beschluss, dieses Projekt zu unterstützen, erfolgte bereits in der Sitzung des Kreistags im Dezember 2021 mit einem von fünf Fraktionen initiierten Antrag.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass das neue Abfallrecht- und Kreislaufwirtschaftsgesetz neue Möglichkeiten bietet und mehr Anstrengungen zur Wiederverwendung von Materialien verlangt.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Udo Bartsch
Vorsitzender der
SPD-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Swenja Krüppel
Vorsitzende der
Kreistagsfraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Rhein-Kreis Neuss

Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss

Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

13. März 2023

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 14. März 2023

Verwendung des tatsächlichen Jahresüberschusses 2022 zur Senkung der Kreisumlage – Erarbeitung eines rechtssicheren und zukunftsfähigen Verfahrens

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie, die folgenden Anträge auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 14. März 2023 zu setzen.

Anträge

1. Senkung bzw. Nichterhebung der Kreisumlage 2023

In Umsetzung des Haushaltsbegleit-beschlusses zum Haushalt 2022 sollen weitere Verbesserungen im tatsächlichen Vollzug gegenüber dem beschlossenen Haushaltsplan 2022 vollständig durch eine Nichterhebung der Kreisumlage 2023 in der entsprechenden Höhe an die Kommunen zurückgeführt werden. Die konkreten Beträge sind spätestens im 4. Quartal 2023 bei der Festsetzung der Kreisumlage nicht zu erheben.

2. Erarbeitung eines rechtssicheren und zukunftsfähigen Verfahrens

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, spätestens bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 25. September 2023, ein zukunftsfähiges und rechtssicheres Verfahren zu entwickeln, mit dem die tatsächlich erzielten Haushaltsverbesserungen im Vergleich zu den Planungen vollständig und zeitnah an die Kommunen weitergegeben werden können. Bei der Erarbeitung eines solchen Konzeptes sind die Fraktionen im Rahmen des Finanzausschusses zu beteiligen.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Begründung

In den letzten Jahren war das tatsächliche Ergebnis der Haushaltsjahre regelmäßig besser als in der Haushaltsplanung prognostiziert. Im Schnitt lag die tatsächliche Verbesserung seit dem Jahr 2017 bei ca. 3,5 Mio. Euro. Bei einem Haushaltsvolumen von über 500 Mio. Euro stellt dies eine vergleichsweise geringe Abweichung dar. Das zeigt, dass die Verwaltung die Haushaltsplanungen in den letzten Jahren sehr verantwortungsvoll, umsichtig und zielsicher aufgestellt hat. Zudem ist festzuhalten, dass das Jahresergebnis in keinem der letzten Haushaltsjahre schlechter war als der Plan.

Umso erfreulicher war zuletzt die politische Einigkeit, diese tatsächlich erzielten Jahresüberschüsse nicht – wie noch in den letzten Jahren vor der aktuellen Legislaturperiode üblich – der Ausgleichs- oder allgemeinen Rücklage zuzuführen, sondern den Kommunen so schnell als möglich und in voller Höhe wieder zur Verfügung zu stellen. So wurden die Haushalte 2021 und 2022 mit großer politischer Mehrheit mit entsprechenden Begleitbeschlüssen versehen und der Überschuss 2021 bereits über eine Senkung der Kreisumlage 2022 an die Kommunen zurückgezahlt.

Im Einzelnen:

Die **Jahresüberschüsse 2018 und 2019** wurden in Höhe von 4,9 Mio. Euro der allgemeinen Rücklage (2018) und in Höhe von 5,6 Mio. Euro der Ausgleichsrücklage (2019) zugeführt.

In der Sitzung des Kreistages am 22.06.2022 wurde der Entwurf des **Jahresabschlusses 2020** gem. § 53 KrO NRW in Verbindung mit § 95 GO NRW in den Kreistag eingebracht. Ein Beschluss über die Verwendung steht noch aus.

Der Entwurf des **Jahresabschlusses 2021** wird voraussichtlich in der Sitzung des Kreistages am 29.03.2023 gem. § 53 KrO NRW in Verbindung mit § 95 GO NRW in den Kreistag eingebracht.

Der Kreistag beschloss in seiner Sitzung am 24.03.2021 die Planung eines fiktiv ausgeglichenen Haushalts 2021 durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage iHv. 447.000 Euro. Darüber hinaus wurde ein Haushaltsbegleitbeschluss getroffen, der in der Sitzung am 15.12.2021 aufgehoben und wie folgt neu gefasst wurde:

„Der sich im Laufe des Haushaltsvollzugs 2021 zum Stichtag 15.03.2022 abzeichnende vorläufige Überschuss wird im Rahmen des endgültigen Jahresabschlusses 2021 der Ausgleichsrücklage zugeführt. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2022 wird eine allgemeine Kreisumlage um den Betrag gesenkt, der dem Stand 15.03.2022 abzeichnenden vorläufigen Überschuss 2021 entspricht. [...]“

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Der prognostizierte Jahresüberschuss 2021 wurde entsprechend dieses Beschlusses am 15.03.2022 in Höhe von 4,2 Mio. Euro festgestellt. Gleichzeitig wurde die Kreisumlage für den Haushalt 2022 in Höhe dieses Betrages, d. h. um 0,54 Prozentpunkte gesenkt. Formal war die geplante Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in gleicher Höhe für 2022 zu erhöhen, um die Senkung der Kreisumlage zu „finanzieren“. Es entstand dadurch ein „fiktiver“ Verlust in Höhe von 4,2 Mio. Euro. Eine weitere erforderliche Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 2,6 Mio. Euro führte insgesamt zu einem Planverlust 2022 in Höhe von 6,8 Mio. Euro. Der Haushalt 2022 wurde im Finanzausschuss am 15.03.2022 beraten und durch den Kreistag am 30.03.2022 entsprechend beschlossen.

Wiederum erfolgte ein Haushaltsbegleitbeschluss wie folgt:

Soweit sich gegenüber dem beschlossenen Haushaltsplan 2022 Verbesserungen ergeben, sollen diese vollständig zu einer Absenkung bzw. geringeren Anhebung der Kreisumlage für das Jahr 2023 führen, insofern die tatsächliche Entnahme aus der Ausgleichsrücklage im Jahr 2022 geringer ist als der Haushaltsüberschuss 2021. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, dies bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2023 entsprechend zu berücksichtigen.“

Zur Umsetzung dieses Beschlusses ist die Kreisumlage 2023 zunächst in Höhe der tatsächlichen Verbesserung aus 2021 von 4,2 Mio. Euro zu senken, da die geplante Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in dieser Höhe nicht erforderlich war. Darüber hinaus ist zu Gunsten der Kommunen eine mögliche weitere Verbesserung des Jahresergebnisses 2022, das sicher erst im Jahr 2024 vorliegt, ebenfalls auszukehren.

Die Prognosen gingen zuletzt noch von einem Jahresüberschuss in Höhe von 6,2 Mio. Euro (Stand 30.11.2022), in Höhe von ca. 13 Mio. Euro (Stand Kreistagssitzung am 14.12.2022) sowie zuletzt von 6,8 Mio. Euro (Stand 07.02.2023) aus. Um den Kommunen auch diese Verbesserung möglichst zeitnah und in voller Höhe zukommen zu lassen, ist spätestens zum Zeitpunkt der Festsetzung und Erhebung der Kreisumlage 2023 der zu diesem Zeitpunkt prognostizierte Jahresüberschuss 2022 über eine Nichtfestsetzung der Kreisumlage 2023 zu berücksichtigen.

Für die Zukunft ist allerdings ein rechtssicheres Verfahren zu etablieren, das ohne jährliche Prognosen und auf einer sicheren Grundlage die Verbesserungen in der tatsächlichen Haushaltsführung an die Kommunen weitergibt. Ein solches könnte dahingehend gewählt werden, dass die tatsächlich festgestellten Jahresüberschüsse zunächst durch Beschluss des Kreistages der Ausgleichsrücklage zugeführt werden. Der über einen bestimmten Stand der Ausgleichsrücklage hinausgehende Betrag ist dann wieder an die Kommunen durch Nichtfestsetzung der jeweiligen Kreisumlage zurückgegeben werden. Negative Abweichungen von diesem Wert müssen in den Folgejahren entsprechend aufgefüllt werden. Diese Grenze kann entweder auf einen bestimmten Betrag festgelegt werden (z. B. Mindesthöhe der Ausgleichsrücklage) oder sich variabel zu einer bestimmten Bezugsgröße (z. B. fünf Prozent des jeweiligen



CDU



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Haushaltsummens, der Bilanzsumme oder des jeweiligen Jahresumsatzes) orientieren.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, ein solches zukunftsfähiges Verfahren zu entwickeln und erstmalig ab dem Haushaltsaufstellungsverfahren 2024 anzuwenden. Hierbei sind die Fraktionen in ausreichendem Maße – über den Finanzausschuss – zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss

Udo Bartsch
Vorsitzender der
SPD-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Swenja Krüppel
Vorsitzende der
Kreistagsfraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Rhein-Kreis Neuss

Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss

Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 20/2514/XVII/2023

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Finanzausschuss	14.03.2023	öffentlich

Tagesordnungspunkt:**2. Tischvorlage zu TOP 5: Kreishaushalt 2023 - Beratung über den Entwurf**

hier: Nebenrechnung zur Isolierung von pandemiebedingten Haushaltsbelastungen sowie der Belastungen durch den Ukraine-Krieg

Sachverhalt:

Gemäß § 4 Abs. 2 des NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetzes (NKF-CUIG) ist bis einschließlich des Haushaltsjahres 2023 bei der Aufstellung der Haushaltssatzung für das jeweilige Haushaltsjahr die Summe der auf das Haushaltsjahr infolge der COVID-19-Pandemie entfallenden Haushaltsbelastung durch Mindererträge oder Mehraufwendungen zu prognostizieren. Ebenso ist gemäß Abs. 3 mit Haushaltsbelastungen infolge des Ukraine-Krieges zu verfahren. Hierzu ist eine Gegenüberstellung des im Rahmen der Aufstellung der Haushaltssatzung erstellten Ergebnisplans mit einer Nebenrechnung für das jeweilige Haushaltsjahr vorzunehmen.

Der zu isolierende Betrag beläuft sich nach der zum 09.03.2023 vorgenommenen Prognose-Rechnung auf 551.001 € und liegt damit um 281.001 € über dem im Haushalts-Entwurf eingeplanten Betrag. Der Mehr-Betrag wird als außerordentlicher Ertrag im Ergebnisplan berücksichtigt.

Die Nebenrechnung zur Isolierung von pandemiebedingten Haushaltsbelastungen sowie der Belastungen durch den Ukraine-Krieg ist als Anlage beigefügt.

Nebenrechnung zur Isolierung von pandemiebedingten Haushaltsbelastungen sowie der Belastungen durch den Ukraine-Krieg

Nr.	Bezeichnung	Nebenrechnung gem. § 4 Abs. 2 NKF-CUIG			
		FinPlan '23 aus 2022	Plan 2023 Entwurf/ÄL	+/-	davon zu isolieren nach § 4 NKF-CIG
		EUR	EUR	EUR	neu EUR
1	Steuern und ähnliche Abgaben	9.800.000	10.500.000	700.000	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	385.249.482	398.432.918	13.183.436	6.906.565
3	+ sonstige Transfererträge	3.046.100	3.206.000	159.900	0
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	58.901.814	58.597.376	-304.438	0
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	6.456.225	6.485.621	29.396	0
6	+ Kostenerstattungen und -umlagen	114.878.041	121.776.185	6.898.144	7.785.788
7	+ sonstige ordentliche Erträge	7.570.476	9.453.683	1.883.207	0
8	+ aktivierte Eigenleistungen	190.000	100.000	-90.000	0
9	+ Bestandsveränderungen	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	586.092.138	608.551.783	22.459.645	14.692.353
11	- Personalaufwendungen	77.892.358	84.409.881	6.517.523	-64.000
12	- Versorgungsaufwendungen	12.525.900	13.253.887	727.987	0
13	- Aufwendungen Sach-/Dienstleistungen	83.442.325	87.421.277	3.978.952	-2.220.000
14	- bilanzielle Abschreibungen	14.739.973	14.146.451	-593.522	0
15	- Transferaufwendungen	285.617.545	294.658.548	9.041.003	-549.341
16	- sonstige ordentliche Aufwendungen	111.808.387	119.449.349	7.640.962	-12.410.013
17	= ordentliche Aufwendungen	586.026.488	613.339.393	27.312.905	-15.243.354
18	= ordentliches Ergebnis	65.650	-4.787.610	-4.853.260	-551.001
19	+ Finanzerträge	935.750	1.616.780	681.030	0
20	- Zinsen/sonstige Finanzaufwendungen	1.001.400	1.299.170	297.770	0
21	= Finanzergebnis	-65.650	317.610	383.260	0
22	= Ergebnis lfd. Verwaltungstätigkeit	0	-4.470.000	-4.470.000	-551.001
23	+ außerordentliche Erträge	0	270.000	270.000	551.001
24	+ außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
25	= außerordentliches Ergebnis		270.000	270.000	0
26	= Jahresergebnis	0	-4.200.000	-4.200.000	0